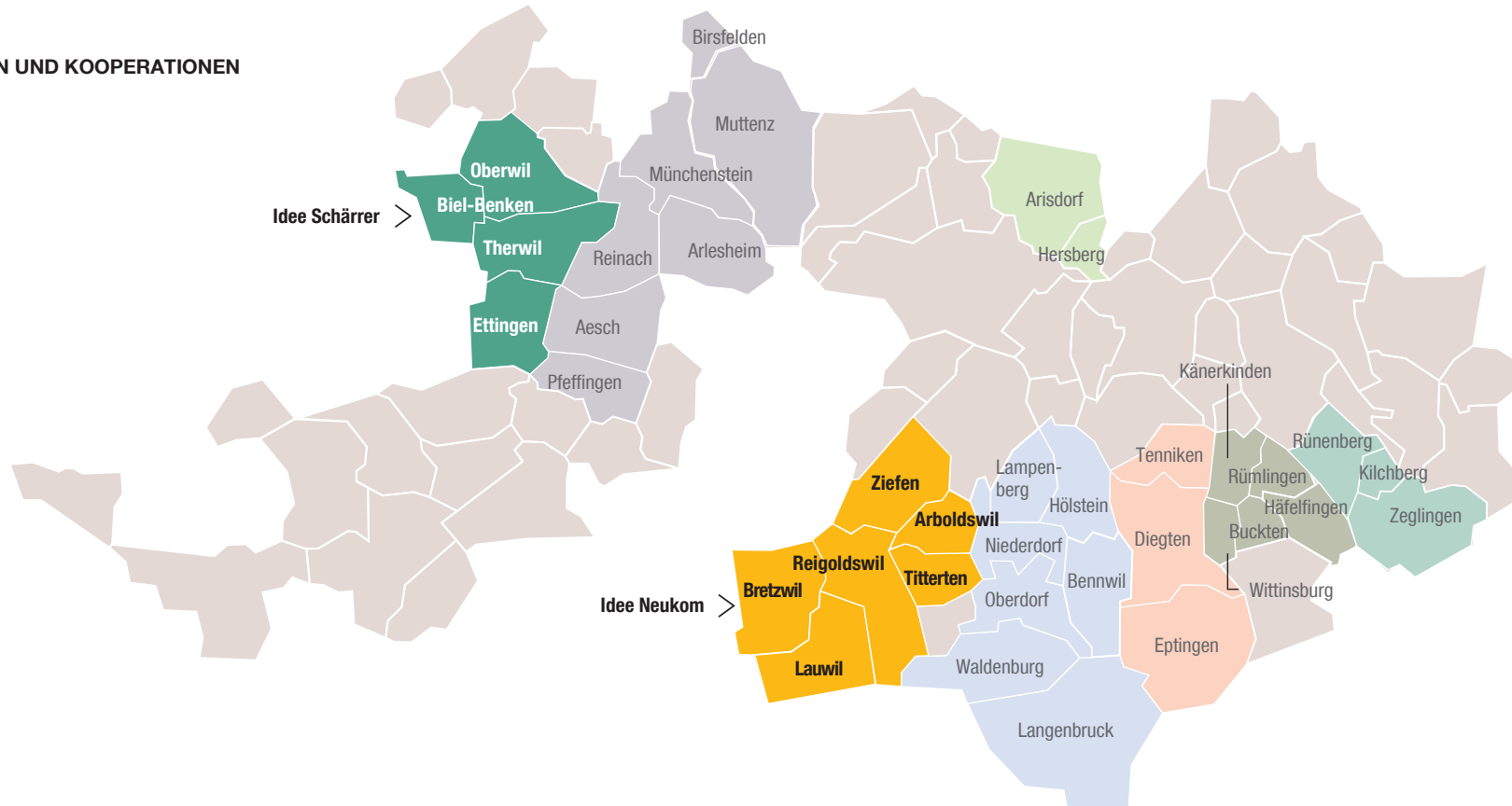


Ein erster kleiner Anreiz für die grosse Fusion

Regierung will mit einem Fonds neue Projekte für bessere Zusammenarbeit unter den Gemeinden ermöglichen

BaZ 11.3.2010

FUSIONSIDEEN UND KOOPERATIONEN



Ansätze und Ideen

FUSIONSKANDIDATEN. Auch wenn das der Baselbieter Regierung, der SVP, der FDP und Teilen der SP nicht passt: Zumindest gedanklich sind auch im Baselbiet schon einige Gemeindegrenzen gesprengt worden. Im unteren Kantonsteil versuchen die Gemeinden zwischen Birsfelden und Pfeffingen in der Birsstadt eng zusammenzuarbeiten. Im Birsigtal hat sich der Therwiler Gemeindepräsident Heiner Schärrier beklagt, dass die einzelnen Gemeinden in immer mehr Zweckverbänden dabei sind und das Volk fast nichts zu sagen habe. Eine Stadt mit einigen Zehntausend Einwohnern liesse sich demokratischer organisieren, sagte Schärrier vor einem Jahr der BaZ, wobei er an eine Fusion zum Beispiel von Therwil, Ettingen, Oberwil und Biel-Benken dachte (auf der Karte grün). Andere Probleme haben die kleinen Gemeinden an der Peripherie, wie vor einem Jahr der Arboldswiler Gemeindepräsident Rolf Neukom sagte. Ihnen fehle das Geld. Ein Problem, das etwa mit einer Fusion von Arboldswil, Titterten, Ziefen, Reigoldswil, Lauwil und Bretzwil gelöst werden könnte (orange). Ebenso offen wurde in Rümlingen über eine Fusion mit fünf Nachbargemeinden gesprochen (oliv/grün). Im Waldenburgertal (grau) und im Diegtal (rot) wiederum heisst das Zauberwort Kooperation. Arisdorf und Hersberg wiederum arbeiten in der Verwaltung zusammen, so wie es Rünenberg, Zeglingen und Kilchberg schon lange tun. rock

Neues Baselbiet. Viele Gemeinden arbeiten schon zusammen (blasse Farben), bei anderen gibt es zumindest Ideen für Fusionsprojekte (satte Farben). Grafik BaZ/reh

MICHAEL ROCKENBACH

Lange weigerte sich die Baselbieter Regierung, die Gemeinden bei der Zusammenarbeit besser zu unterstützen. Doch nun richtet sie einen Fonds für die Vorbereitung von Kooperationen und Fusionen ein.

Neue Anreize für eine bessere Zusammenarbeit unter den Gemeinden. Und vor allem: für Fusionen. Das fordern Politiker, Gemeinderäte und Gemeindepräsidenten immer wieder. Doch davon wollte die Regierung lange nichts wissen, weil Fusionen teuer und erst noch unnötig seien. Denn die Gemeinden sind nach offizieller Lesart gesund, wie auch Daniel Schwörer, Leiter Gemeinden in der Finanzdirektion, vor einem Jahr erklärte: «Im Gegensatz zu anderen Kantonen haben wir unsere Hausaufgaben mit der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und dem Finanzausgleich gemacht.»

Dumm ist nur, dass viele Gemeinden davon nicht mehr viel mitbekommen. Ihnen fehlt Geld. Und Personal. Oder sie verlieren allmählich den Überblick über die vielen regionalen Zweckverbände, mit denen sie verhandelt sind. Darum werden auch die Forderungen nach neuen Anreizen immer wieder laut.

EIN TAL RÜCKT ZUSAMMEN. So laut, dass sie nun offenbar selbst von der Regierung nicht mehr überhört werden können. Mit der neuen Finanzausgleichsverordnung hat sie einen Fonds «zur Unterstützung professioneller Analysen und Begleitungen bei Fusions- und Zusammenarbeitsprojekten» geschaffen. Dank der «einmaligen Einlage» von 300 000 Franken sollen mehrere Modellprojekte möglich werden.

Das erste Gesuch um Unterstützung war in Liestal bereits im vergangenen

Jahr eingegangen, noch bevor es den Fonds gab. Absender waren die fünf Gemeinden aus dem Waldenburgertal sowie Benwil und Lampenberg, die nun auch in den Bereichen Bauverwaltung, Werkhof und Hauswartung eng zusammenarbeiten möchten. In anderen Bereichen funktioniert die Kooperation schon jetzt auch über das Gebiet der sieben Gemeinden hinweg.

Wie gross das Potenzial einer erweiterten Zusammenarbeit ist, soll eine Studie der BDO Visura zeigen. Die Resultate liegen erst im Mai vor. Die Probleme dagegen sind längst offensichtlich. «Von den kleinen Gemeinden wird erwartet, dass sie immer mehr Aufgaben übernehmen, auch wenn die Steuereinnahmen wie bei uns rückläufig sind», sagt Andreas Buser, Gemeindepräsident von Niederdorf: «Irgendwann ist das im Alleingang nicht mehr zu schaffen.» Über eine Gemeinde Waldenbur-

gertal will er trotzdem nicht reden. Noch nicht. «Dafür wird die Zeit im Baselbiet erst in ein paar Jahren reif sein.»

DRUCK NIMMT ZU. Ein paar Jahre. So lange will CVP-Fraktionschefin Elisabeth Schneider aber nicht mehr warten, sie, die sich im Landrat regelmässig für eine bessere Zusammenarbeit stark macht. «Der Fonds für die Erarbeitung neuer Projekte ist ein guter Anfang», sagt sie, «aber nicht genug.» Denn mit dem neuen Finanzausgleich nehme der Druck weiter zu. Und schon jetzt hätten einige Gemeinden erhebliche finanzielle Schwierigkeiten, wie eine statistische Auswertung vor Kurzem gezeigt habe. Der einzige Ausweg seien Gebietsreformen, sagt Schneider: «Dafür braucht es nicht nur eine Unterstützung bei der Projektierung, sondern eine Anschubfinanzierung für die Umsetzung wie in anderen Kantonen.»

ANZEIGE

Gültig bis 31. Mai 2010.

